



## Deutscher SOLARPREIS 2006 11. November 2006, Heidelberg

### Würdigung Rogall

**Dr. Holger Rogall** ist Professor für Umweltökonomie an der Fachhochschule für Wirtschaft Berlin und war vier Legislaturperioden Mitglied des Berliner Landesparlaments. Als Parlamentarier und Wissenschaftler setzt er sich seit Jahrzehnten für die Verwendung Erneuerbaren Energien im Bauwesen ein.

In den 90er Jahren entwickelte er die *Berliner Solaranlagenverordnung*, einen Meilenstein für die gesetzliche Einführung einer solaren Baupflicht. In einem politischen Kraftakt brachte der „Nachhaltigkeitspolitiker“ die 1. Novelle des Berliner Energiespargesetzes durch alle politischen Instanzen. Im Jahr 1995 verabschiedete das Berliner Abgeordnetenhaus ohne Gegenstimmen die gesetzliche Ermächtigung für die Solaranlagenverordnung. Dennoch gelang es der Berliner Baulobby eine Inkraftsetzung der Verordnung zu verhindern, und stattdessen eine wenig erfolgreiche Selbstverpflichtung durchzusetzen.

Durch sein wissenschaftliches Engagement und seine politische Hartnäckigkeit gelang es Holger Rogall das Thema der Baupflichten für Erneuerbarer Energien in die internationale Diskussion einzuführen. So wurde die Berliner Solaranlagenverordnung als „ordenanca solar“ in Barcelona und jüngst in ganz Spanien umgesetzt. Auch Hamburg und Vellmar nahmen den Gedanken in Bebauungsplänen bzw. Städtebaulichen Verträgen auf. Damit ist Professor Rogall der Einstieg in dieses wichtiges Instrument zur obligatorischen Einführung Erneuerbaren Energien im Bausektor gelungen.

Im Frühjahr 2006 unternahm der Umweltpolitiker einen erneuten Anlauf die Baupflichten für Erneuerbare und besonders effiziente Energien in Berlin einzuführen. Diesmal sollten nicht nur die Neubauten sondern auch Wohngebäude die ihre Heizungsanlagen oder die Gebäudehülle verändern von der Baupflicht betroffen sein. Nachdem die von ihm initiierte 2. Novelle des Berliner Energiespargesetzes bereits die 1. Lesung und die Ausschussberatungen erfolgreich hinter sich gebracht hatte, wurde das Gesetz wenige Tage vor den Wahlen von der Tagesordnung genommen. Nun ist es an dem Landesparlament – für das der Umweltökonom in dieser Legislaturperiode leider nicht mehr kandidiert hat – das landesweite Vorranggebiet für Erneuerbare Energien doch noch gesetzlich einzuführen.

Die Idee des obligatorischen Einbaues Erneuerbaren Energien im Wohnungsbau von Rogall könnte auch für das geplante Wärmenutzungsgesetz des Bundes ein beispielgebendes Modell sein.